

## BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN August 2004

Landesweiter Auftakt von YOU-move2

### Das große Rennen

Wer ist der Schnellste“ war die Frage, die sich über 50 Jugendliche am 19. Juni beim „Großen Rennen“ - dem Auftakt der BUND und BUNDjugend-Kampagne YOU-move2 in Dortmund, Duisburg und Hennef - stellten. Insgesamt 14 Rennteams starteten mit verschiedenen Verkehrsmitteln zeitgleich um 11 Uhr in den drei Städten zu einem spannenden Rennen durch die Innenstadt. Die begeisterten Jugendlichen von 13-18 Jahren traten mit Rädern, ÖPNV, Skates, Scootern und Autos gegeneinander an, um zu zeigen, dass der ÖPNV und muskelbetriebene Fahrzeuge dem Auto mindestens ebenbürtig sind. Unterwegs mussten sie kleine Aufgaben erledigen wie Wasserproben holen, Fotos schießen oder Besorgungen machen.

In Duisburg und Dortmund hatten klar die Radfahrer die Nase vorn, dicht gefolgt vom Rennteam ÖPNV. In Hennef schickte der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges die TeilnehmerInnen ins Rennen. Hier gewann der Autofahrer. Dies gelang nur, weil die Bahn Verspätung hatte, während das Auto ausnahmsweise staufrei davon kam. Für die Duisburger Gewinner, die BUNDjugend-Gruppe Mühlheim, war indes klar: „Das Auto sieht gegenüber dem Rad und dem ÖPNV ganz schön alt aus.“

In Duisburg mussten die Rennteams noch einen Abschlussparcours absolvieren, ehe allen tolle Preise - zu denen der Move-Award, die YOU-move2-Trophäe, gehörte - winkten. Unterstützt wurde das öffentlichkeitswirksame Rennen von den BUND-Ortsgruppen, dem ADFC, den teilnehmenden Schulen, Shelldrive und den örtlichen Verkehrsunternehmen.

YOU-move2 läuft von Juni 2004 bis Oktober 2005 und möchte Jugendliche anregen, sich für einen jugend- und umweltgerechten Verkehr einzusetzen. Finanziell unterstützt wird das Projekt von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung.

Scarlett Werner



#### YOU-move2 – UND WIE BEWEGST DU DICH?

Die BUNDjugend NRW kommt mit dem Aktionsstand gerne an Orte, wo Jugendliche aktiv werden möchten, und unterstützt sie mit Aktionen und Projekten. Wir freuen uns, wenn Sie/Ihr uns spannende Events, Schulfeste o.ä. in Ihrer/Eurer Stadt bekannt geben und kommen gerne zu Ihnen/Euch.

Wir bieten:

- ➔ Aktionsstand mit verrückten Fahrzeugen und Geschicklichkeitsparcours,
- ➔ das Publikumsspiel „Wer wird Mobilionär“,
- ➔ Ausstellung zu unseren/Euren Themen,
- ➔ gemeinsame öffentliche Aktionen,
- ➔ Unterstützung beim Initiieren und Umsetzen von Jugend-Mobilitäts-Projekten.



**Kontakt YOU-move2:** BUNDjugend NRW, Scarlett Werner,  
Tel.: 02921/33640, [scarlett.werner@bundjugend-nrw.de](mailto:scarlett.werner@bundjugend-nrw.de)

Zeitgleich gingen in Hennef, Duisburg und Dortmund die Rennteams an den Start. Nur in Hennef hatte das Auto die Nase vorn.

Fotos: Kroefges, Reh

## BUND-Forderungen zur Kommunalwahl in NRW

Am 26. September 2004 werden die Vertretungen der Gemeinden und Kreise, die Bezirksvertretungen in den kreisfreien Städten sowie die hauptamtlichen Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte neu gewählt. Damit erfolgt nicht zuletzt auch eine Entscheidung über ein Mehr oder Weniger an Lebensqualität und Natur in Stadt und Land. Der BUND ruft deshalb alle Wahlberechtigten auf, sich mit der Stimmabgabe auch für eine lebenswerte Umwelt und den Erhalt der Natur einzusetzen.

bergen zahlreiche Risiken: Werden etwa die Trinkwasserversorgung oder die Abwasser- und Abfallentsorgung allein ökonomischem Kalkül unterworfen, drohen ökologische Standards auf der Strecke zu bleiben. So werden der Verbraucherschutz und die kommunale Mitbestimmung ausgehöhlt. Und nicht zuletzt steigen auch die Gebühren.

Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen in kommunaler Hand verbleiben. Der Privatisierung der Stadtwerke oder Cross-Border-Leasing muss eine klare Absage erteilt werden.

### Gentechnikfreie Kommune

Noch ist Deutschland weitgehend gentechnikfrei, aber mit der EU-Freisetzungsrichtlinie und deren Umsetzung in ein nationales Gentechnik-Gesetz droht der Einzug gentechnisch veränderter Organismen auch in unsere Nachbarschaft.

Hier sind auch die Kommunen gefordert, Farbe zu bekennen. Wir fordern deshalb die Ratsfraktionen auf, sich gegen Gentechnik auf kommunalen Flächen auszusprechen und entsprechende Anträge zu unterstützen.

### Energiewende lokal

Die Abkehr von der fossil-atomaren Energieversorgung hin zu einer zukunftsfähigen Energiestruktur mit den drei Säulen „Energieeinsparung - Energieeffizienz - Erneuerbare Energie“ ist eine weitere Herausforderung. Die Kommune hat viele Handlungsmöglichkeiten, z.B. durch die Umstellung auf „grünen“ Strom oder die Umrüstung städtischer Fahrzeuge auf Erdgasbetrieb oder Biodiesel. Alle Möglichkeiten des Energiesparens in öffentlichen Gebäuden müssen aktiviert, die Wärmedämmung und Energieeffizienz optimiert werden. Auch sollte jede Kommune ihren Beitrag zum Ausbau erneuerbarer Energien leisten, z.B. durch die zügige Ausweisung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen.

### Natur bewahren – Chancen nutzen

In den Kreisen und Gemeinden unseres Landes steht die Natur „unter Druck“. Überall erfolgen Eingriffe in wertvolle Naturbereiche, Ersatz und Ausgleich finden nicht oder nur mangelhaft statt. Die Ausweisung von FFH-Gebietsflächen, Naturschutz- oder Hochwasserschutzgebieten wird selten als Chance, häufiger jedoch als Hemmnis begriffen.

Als Orientierungshilfe hat der BUND ein Papier mit ausgewählten Forderungen an die zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten erstellt, das wir hier auszugsweise wiedergeben:



### Wandel statt Wachstum

Der Flächenfraß ist eines unserer größten ökologischen Probleme. Deutschlandweit verschwinden pro Tag etwa 110 ha Freiraum unter Beton und Asphalt, eine Fläche so groß wie 170 Fußballfelder. Um den Freiflächenschwund zu stoppen, sind intelligente Konzepte einer zukunftsfähigen Flächennutzungsplanung erforderlich: Flächenrecycling, eine nachfrageorientierte Bereitstellung von Gewerbeflächen sowie die attraktivere Gestaltung innerörtlichen Wohnens gehören dazu.

### Zukunftsfähige Mobilität

Zunehmende Lärmbelastung, Abgase und quälende Staus: Täglich werden wir daran erinnert, wie notwendig die Verkehrswende ist. Die Klimagase aus dem Verkehr nehmen seit Jahrzehnten zu und sollen bis 2015 um weitere 12% ansteigen. Der Verkehr macht die CO<sub>2</sub>-Einsparungen anderer Verbrauchs-sektoren zunichte.

Ein Umsteuern ist also überfällig. Die Ausweisung von Fahrrad-Verkehrsnetzen, eine vollständige Erschließung- und Bedienung durch den ÖPNV und das Streichen kostenloser Parkplätze sind unverzichtbarere Bausteine einer kommunalen Verkehrswende.

### Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge

In Zeiten knapper Kassen opfern LokalpolitikerInnen gerne das „Tafelsilber“. Doch der Verkauf von städtischen Ver- und Entsorge-Unternehmen an „Global Player“ oder das Cross-Border-Leasing

**Mehr Infos:** Das 4-seitige BUND-Forderungspapier zu den Kommunalwahlen 2004 finden Sie als Download unter [www.bund-nrw.de/bundforderungen-kommunalwahl-2004.htm](http://www.bund-nrw.de/bundforderungen-kommunalwahl-2004.htm)



Die Ausweisung und Weiterentwicklung von FFH- und Naturschutzgebieten sollte hingegen unterstützt werden. Die Auen und Hochwasserzonen müssen zurückgewonnen und vor weiterer Bebauung geschützt werden. Und nicht zuletzt sollte eine Baumschutzsatzung für jede Kommune selbstverständlich sein. (dj)

dass zwei der Initiatoren des Projektes, Jürgen Marquardt und Dr. Paul Krämer (Soest) langjährige Mitglieder des BUND sind.

Eine erste Lieferung von Blechen wird derzeit vorbereitet. Da bereits zahlreiche Bestellungen für Solarkocher vorliegen, ist damit zu rechnen, dass die Kocher z.T. gegen bar verkauft werden können. Frauenorganisationen, die bereits ein Kleinkreditsystem eingerichtet haben, können die Kocher auf Kreditbasis weitergeben.

Hilft Holz sparen und schützt damit die heimischen Ökosysteme: Der Solarkocher.

Foto: BUND Soest

BUND-Kreisgruppe Soest half:

## Erfolgreiches Solarkocherprojekt im Tschad

Sechs deutsche Vereine aus dem Bereich Solartechnik und Entwicklungshilfe haben im Februar/März 2004 mit mehreren tschadischen Partnern und finanzieller Unterstützung der Bingo-Lotterie Niedersachsen Schulungen zum Bau des Solarkochers 'Papillon' ermöglicht. Ein Beitrag kam auch von der BUND-Kreisgruppe Soest. Die Kurse wurden durchgeführt von Dipl. Ing. Jochen Dessel (Sprockhövel) und Hajo Tippmann als Dolmetscher. Die öffentlichen Kochvorführungen zum Abschluss der Kurse waren ein großer Erfolg, der auch vom tschadischen Fernsehen und Radio dokumentiert wurde. Tschadische Handwerker sind jetzt in der Lage, selbstständig Solarkocher zu bauen. Allerdings benötigen Sie hierzu hochspiegelnde Aluminiumbleche, die aus Deutschland geliefert und vorfinanziert werden müssen. Mit anderen Worten: es ist ein Folgeprojekt notwendig, für das noch eine Finanzierung gefunden werden muss. Die Koordination des Projektes in Deutschland hat der Vorsitzende des Vereins „Lernen – Helfen – Leben“ (LHL) in Vechta, Jürgen Marquardt. Es sei erwähnt,

Der Tschad, der seit dem letzten Jahr Öl exportiert, deckt immer noch weit über 90 % seines Energiebedarfs mit Holz, hauptsächlich für Kochzwecke. Andere kommerzielle Energieformen kann sich die arme Bevölkerung nicht leisten. Solarkocher bieten eine Alternative zur Umweltzerstörung durch Raubbau an den Baumbeständen und machen die Familien unabhängiger gegenüber dem Anstieg der Brennstoffpreise.

Franz-Josef Stengel

**Mehr Infos:** Lernen - Helfen - Leben e.V., Achtern Diek 12, 49377 Vechta, Telefon: 0 44 41 / 8 13 43, Fax: 0 44 41 / 85 49 20, E-Mail: JAF-Marquardt@t-online.de



Renewables 2004

## BUND-Protest gegen Braunkohle

Aktive des BUND und verschiedener Bürgerinitiativen haben am 3. Juni auf der Bonner Weltkonferenz für erneuerbare Energien (*renewables 2004*) für einen Ausstieg aus der Braunkohlen-Verstromung demonstriert. Mit einem 9 m hohen Energie-Dinosaurier warben sie für die Abkehr von der klimaschädlichen Braunkohle.



In Nordrhein-Westfalen stehen einem Anteil der Stromerzeugung aus der Braunkohle von 41,8 % lediglich 1,3 % aus erneuerbaren

Energien gegenüber. Die vier Braunkohlen-großkraftwerke im Rheinischen Revier emittieren mit 87 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr 27 % aller kraftwerksbedingten Kohlendioxid-emissionen Deutschlands. (dj)

**Mehr Infos:** [www.bund-nrw.de/braunkohle](http://www.bund-nrw.de/braunkohle).

Fotos: Jansen

Aktionswoche Klimaschutz und Emissionshandel in Köln

## „Handeln before after tomorrow“

Was hat die Braunkohle in NRW mit Eukalyptusmonokulturen in Brasilien zu tun? Nichts?

Auf der Aktionswoche „Handeln before after tomorrow“ zu Klimaschutz und Emissionshandel Anfang Juni in Köln wurden die Besucher eines Besseren belehrt. Die KlimaWoche, die anlässlich

der Carbon Expo stattfand, der weltweit ersten Wirtschafts-Messe zum Emissionshandel, ging über fünf Tage und beinhaltete mehrere international besetzte Diskussionsrunden, eine Protestaktion vor der Messe und eine Multimedia-Ausstellung. BUND Köln und attac Köln hatten

hierzu mit weiteren Nichtregierungsorganisationen kooperiert, die sich ausschließlich mit dem komplexen Thema Emissionshandel beschäftigen.

Was haben Eukalyptus und Braunkohle nun damit zu tun? Wenn der Emissionshandel in Zukunft so ausgestaltet wird, wie die Weltbank und Industrie-Lobbies es sich wünschen, und die so genannten „flexiblen Mechanismen“ und insbesondere der „Clean Development Mechanism“ (CDM) des Kyoto-Protokolls breite Anwendung finden, eine ganze Menge: Dann nämlich könnte in Zukunft die RWE einen Großteil ihrer Reduktionsverpflichtungen „erfüllen“ indem sie Emissionszertifikate aus Entwicklungsländern kauft, die dort (angeblich) Treibhausgase einsparen oder in „Senken“ wie dem Eukalyptus binden. Nach den mageren deutschen Reduktionszielen also ein weiterer Grund für die fossilen Dinosaurier-Industrien, den Klimaschutz nicht wirklich ernst zu nehmen.

Die auf der KlimaWoche gezeigte Ausstellung zu den „Grünen (Eukalyptus-)Wüsten“ und die eindrucksvollen Zeugnisse der beiden aus Brasilien angereisten Kleinbauern-Vertreter, die direkt mit den verheerenden ökologischen und sozialen Auswirkungen des von der Weltbank initiierten Versuchs-CDM Projekts konfrontiert sind, machten deutlich, wie gefährlich dieser Ablasshandel ist.

Andreas Lathan

**Mehr Infos:** [www.bund-koeln.de/](http://www.bund-koeln.de/)

Sinnvoller Bürokratieabbau oder umweltrechtlicher Kahlschlag?

## „Modellregion OWL“ in der Kritik

Im März 2004 hat der NRW-Landtag das Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (OWL) verabschiedet. Mit dem Ziel einer „wirtschaftsnahen Verwaltung“ wurden weit reichende Neuerungen auf den Weg gebracht, die nicht zuletzt auch massiv in umwelt- und naturschutzrechtliche Bestimmungen eingreifen. Absicht der Landesregierung ist es, die „Innovationsvorschläge zur Entbürokratisierung und Deregulierung“, die sich in der Modellphase bewähren, landesweit zu übernehmen.

Nach der Präsentation der 1. Tranche der Vorschläge für eine Modellregion in OWL ist die einseitige Ausrichtung auf die Belange der Wirtschaft von Naturschutzseite erheblich kritisiert worden. Die Kritik hat dazu geführt, dass mit Ute Röder eine Vertreterin der Bezirkskonferenz für Naturschutz an dem Beratungs- und Entscheidungsprozess der so genannten Tranche 2 einbezogen worden ist. Dieser Schritt wird von den Naturschutzverbänden in Ostwestfalen-Lippe ausdrücklich begrüßt, weil sie im Dialog die bessere Alternative zu Ausgrenzung und Konfrontation sehen.

Einige der gravierenden Verschlechterungen für Natur und Umwelt, wie z.B. die Abschaffung der Landschaftsbeiräte, konnten verhindert werden, allerdings focussiert sich die „Modellregion OWL“ auch jetzt noch massiv auf die Belange und Wünsche der Wirtschaft. Der BUND sieht insbesondere die Gefahr, dass eine Kommunalisierung von staatlichen Aufgaben zu einer „Landräteherrschaft“ mit massivsten Folgen für Natur und Landschaft führt. Der BUND plädiert dafür, die Initiative Schritt für Schritt zu einer Modellregion auszubauen mit einer effektiven, entbürokratisierten bürger- und wirtschaftsnahen Verwaltung, in der die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen genauso selbstverständlich ist wie nachhaltiges Wirtschaften.

Bernd Meier-Lammering

BUND fragte die Landespolitik

## Tierschutz in guter Verfassung?

In einem Brief an Landtagsfraktionen und Landesregierung hatte der BUND die Umsetzung des Tierschutzes in Gesetzgebung und Vollzug angemahnt (vgl. *NW-Info 01/2004*). Inzwischen liegen die überwiegend ernüchternden Antworten vor.



Land unter von New York bis Köln: Für die einen ein denkbare Szenario, für die anderen reine Panikmache und kein Anlass die „Business as usual-Politik“ zu ändern.

### K o n t a k t Modellregion OWL:

Bernd Meier-Lammering; stellv. BUND-Landesvorsitzender; Tel: 0521 / 55 73903  
e m a i l :  
bernd.meierlammering@bund.net

Für Carina Gödecke von der SPD „... liegt die Kompetenz zu Erlass und Ausgestaltung von Tierschutzregelungen weitgehend auf der EU- und Bundesebene ...“. Die SPD-Fraktion werde die Entwicklung konstruktiv mitverfolgen. Auch Dr. Stefan Rombach (FDP-Landtagsfraktion) will „... die Entwicklung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung sehr aufmerksam beobachten“. Eckhard Uhlenberg stellt für die CDU fest, dass „bei der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung ... unsere Meinungsverschiedenheiten wohl bestehen bleiben“ werden. Nationale oder NRW-Alleingänge dürfe es nicht geben. Reiner Priggen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ermunterte den BUND, weiterhin den Anliegen des Tierschutzes eine Öffentlichkeit zu verschaffen und „so das Klima für Verbesserung zu erreichen“. An den Grünen sei noch keine Verbesserung des Tierschutzes gescheitert. Das Landwirtschaftsministerium verwies auf das bisher Erreichte und gab zu bedenken, dass bei „weiter gehenden Forderungen des BUND auch deren Umsetzbarkeit beachtet werden muss...“. Daneben müssten allerdings auch die notwendigen bundesrechtlichen Regelungen erfolgen.

Horst Meister, Tierschutzexperte im BUND-Landesvorstand, zieht eine desillusionierte Bilanz: „Seit drei Jahren steht der Tierschutz in den Verfassung von Bund und Land NRW. Hat sich seitdem für die Tiere etwas verbessert? Nein. Weder in der Politik, der Rechtsprechung noch bei den vollziehenden Behörden. Jeder verweist auf den jeweils anderen, wenn es um konkrete Handlungsanweisungen geht. Der BUND fordert von der gesamten Landespolitik und den Verwaltungen, mehr Verantwortung zu übernehmen sich offensiv für den Schutz der Tiere einzusetzen.“ (dj)

**Mehr Infos:** Horst Meister, Tel.: 02162 / 3 37 35

### Schildbürgerstreich oder Klüngel?

## Behörde ließ Biotop zuschütten

Im März diesen Jahres entdeckten Aktive des BUND Rhein-Sieg bei einem Sonntagsspaziergang in der Gemeinde Windeck nahe des Modellflugplatzes Leuscheid eine ausufernde Erdkippe in einem Bereich, wo sich vorher ein geschützter Biotop, in diesem Fall eine Feuchtwiese, erstreckte.

Nach massiver Beschwerde, verbunden mit der Androhung einer Strafanzeige, wurde dem BUND-Aktiven mitgeteilt, dass dort eine gültige Baugenehmigung zur Erweiterung des Modellflug-Areals vorläge. Skandalös hierbei: Bei der Genehmigung wurde „übersehen“ dass der Baugrund als besonders zu schützende Feuchtwiese sogar im Biotop-Kataster

der Landesanstalt für Ökologie enthalten war und gesetzlich geschützt ist. Trotz der Hinweise handelte die Verwaltung nicht. Der BUND wurde monatelang hingehalten, während die Verkipfung vor Ort fortschritt.

Erst als der BUND-Landesverband vor dem Verwaltungsgericht Köln klagte, räumte der Kreis Fehler ein: Die Umweltauflagen seien „aufgrund eines Versehens des Bearbeiters nicht berücksichtigt worden“. Im weiteren Verfahren gab der Kreis restlos klein bei und backte kleine Brötchen: „Der jetzige Zustand ist illegal, das hätte niemals genehmigt werden dürfen, wir haben schon unsere Versicherung in Kenntnis gesetzt, da wir für den Schaden aufkommen müssen“, so die sichtlich konsternierte Kreisdirektorin Monika Lohr vor dem Umweltausschuss.

Und nun? Die Baugenehmigung ist zwar widerrufen, der Schaden aber angerichtet. Und trotz Baustopp kam es Mitte Juni zu einer weiteren illegalen Verkipfung von Material durch Unbekannte. Inzwischen ließ der Kreis das Gelände versiegeln, um weiteren Umweltsünden vorzubeugen. Zu spät für die Feuchtwiese und die hierauf angewiesenen Tierarten.

Dafür gibt es andere Gewinner: Die Modellflug-Betreiber verdienen an den Verkipfungen und vergrößerten ihre nutzbare Fläche, der Bauunternehmer hatte einen konkurrenzlos billigen Abladeplatz und die Gemeinde Windeck wurde kostengünstig ihren Abraum aus Kanalarbeiten los.

Mittlerweile hat die SPD-Kreistagsfraktion in einem Dringlichkeitsantrag eine Aufklärung der Hintergründe und die Benennung der Verantwortlichen gefordert. Für den BUND vor Ort steht fest: „Der hanebüchene Klüngel auf Kosten der Umwelt muss aufgeklärt werden. Wir fordern, dass der Dreck abgefahren und der Biotop wieder hergestellt wird.“

Paul Kröfges

## Herausforderung Wasserrahmenrichtlinie Naturschutzverbände knüpfen WASSERNETZ

Am 22.12.2000 wurde die Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates zur „Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maß-



**Mehr Infos:**  
[www.bund-rsk.de](http://www.bund-rsk.de)



nahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik“ (EU-Wasserrahmenrichtlinie - EU-WRRL) verabschiedet. Nach ihr sollen bis Ende 2015 – mit entsprechenden Ausnahmemöglichkeiten – alle Oberflächengewässer einen guten ökologischen und chemischen Zustand aufweisen und alle Grundwässer in ihrer Menge und Qualität nicht mehr beeinträchtigt sein.

Die Umsetzung dieser ambitionierten Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie stellt eine enorme Herausforderung dar. Auch die Naturschutzverbände sind hierbei besonders gefordert, denn die Richtlinie legt eine umfassende Informations- und Beteiligungspflicht der Öffentlichkeit fest. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer umfassenden Mitwirkung der Vertreter der Naturschutzverbände in einem möglichst frühen Stadium und auf allen Ebenen von der EU über Bund und Land bis in die einzelnen Teileinzugsgebiete der Flüsse.

Mit dem WASSERNETZ NRW haben die NRW-Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU jetzt ein Projekt gestartet, dass ein professionell organisiertes Netzwerk speziell zur Einbindung des ehrenamtlichen Gewässerschutzes in die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie für NRW gewähr-



Sterile Abflussrinne oder mäandrierender Bach? Die EU-Wasserrahmenrichtlinie fordert den guten ökologischen Zustand eines Gewässers.

Fotos: Jansen



leistet. Drei neue MitarbeiterInnen sind ab dem 15. September für das WASSERNETZ NRW zuständig. Die Abwicklung und Anbindung erfolgt durch bzw. an die BUND-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf. Financier des Projektes ist die Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung mit Sitz in Bonn.

Das WASSERNETZ NRW soll die erforderlichen fachlichen Beiträge erarbeiten, als landesweite zentrale Anlaufstelle aller in den Gremien beteiligten VertreterInnen fungieren und die Vernetzung aller relevanten Aktivitäten sowie die Weiterbildung der Ehrenamtlichen vor Ort gewährleisten. Damit eröffnet das Projekt insbesondere den vielen ehrenamtlich im Gewässerschutz tätigen Mitgliedern der anerkannten Naturschutzverbände neue Möglichkeiten, ihren oft über lange Jahre angesammelten Sachverstand in die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie einzubringen. (dj)

**Mehr Infos zur EU-WRRL:**

[www.bund-nrw.de/eu-wasserrahmenrichtlinie.htm](http://www.bund-nrw.de/eu-wasserrahmenrichtlinie.htm)  
oder [www.lb-naturschutz-nrw.de](http://www.lb-naturschutz-nrw.de)

*Novellierung des Landeswassergesetzes*

**NRW stärkt Gewässerschutz**

Mitte Mai legte das Düsseldorfer Umweltministerium den lange erwarteten Entwurf zur Novelle des Landeswassergesetzes vor. Die Novelle war insbesondere wegen der erforderlichen landesrechtlichen Verankerung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) notwendig geworden.

Der vorgelegte Entwurf des Landeswassergesetzes NRW und der Regelungen über die sondergesetzlichen Wasserverbände wird vom Grundsatz her begrüßt, greift nach Auffassung der anerkannten Naturschutzverbände jedoch zu kurz. Der integrative Ansatz der WRRL für die Gewässerbewirtschaftung erfordert außerdem eine Anpassung der Landesgesetze zur Fischerei, zum Naturschutz, zur Landesplanung und zum Wasserverbandswesen allgemein. Die Naturschutzverbände befürworten im Bereich der Abwasserbeseitigung, dass die Regenwasserbewirtschaftung gestärkt wird. Die beabsichtigte Rangfolge für die Trinkwassergewinnung, das neue Instrument des Wasserversorgungsplans und des -vorranggebiets zum Schutz des nutzbaren Wasserdargebots werden begrüßt. Um Trinkwasser einzusparen, sollte darüber hinaus ein gesetzgeberisches Postulat für die Brauch- und Regenwassernutzung aufgenommen werden. Die Regelung zum Schutz des Gewässerrandstreifens sollte sich an dem 10-jährlichen Hochwasser des potenziell natürlichen Gewässerzustandes ausrichten und insbesondere das Bauen und den Einsatz von wassergefährdenden Stoffen und Düngemitteln verbieten. Darüber hinaus sprechen sich die Naturschutzverbände für die Festsetzung von „Hochwasserwarnflächen“ als neuem planerischen Instrument aus: Die bei Spitzenhochwässern überschwemmten Flächen sollten möglichst von Bebauung freigehalten werden. Die Federführung im weiteren Verfahrensablauf sollte bis zur Aufstellung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme den Fachbehörden - insbesondere den Staatlichen Umweltämtern - zugewiesen werden. Da die Frist zur Umsetzung bereits im Dez. 2003 abgelaufen war, kann man jetzt nur auf eine um so zügigere Verabschiedung der neuen Rechtsvorschriften hoffen.

Stephanie Rebsch

*Neues BUNDjugend-Projekt*

**Zukunftsscouts zeigen, wo's langgeht**

Im Oktober diesen Jahres startet die BUNDjugend NRW den landesweiten Wettbewerb 'Zukunftsscouts'. Kinder und Jugendliche von 11- bis 15-Jahren sind aufgerufen, innerhalb eines halben

Jahres ein Stück ihrer Umwelt zu entdecken und zu erforschen. Insbesondere die Einflüsse des Menschen sollen hierbei genauer unter die Lupe genommen werden. Allein, zu zweit, in einer Gruppe oder mit einer ganzen Schulklasse gilt es, unter dem Motto ‚Zukunftsscouts zeigen, wo`s lang geht‘, Verbesserungsvorschläge zur festgestellten Situation zu entwickeln. „Was ist zu tun gegen Lärm und Müll in der Stadt, verrohrte Bäche, schmutzige Seen, asphaltierte Flächen, mangelnden Lebensraum für Tiere und und und?“

Die Ergebnisse können in jeder Form und Farbe präsentiert werden – z.B. als Plakat, Videofilm, Fotodokumentation, Internetseite, Spiel, Modell oder als etwas ganz anderes. Die besten Einsendungen werden am Ende des Schuljahres 2005 im Rahmen einer Preisverleihung prämiert. Die BUNDjugend will vor allem darin unterstützen, dass die Ideen der Teens nicht einfach verpuffen, sondern – soweit wie möglich – an die zuständigen Gremien herangetragen und realisiert werden.

Die BUNDjugend NRW leistet während der gesamten Projektdauer Hilfestellung und stellt umfangreiche Infomaterialien zur Kampagne und Umweltthemen bereit. Zusätzlich werden Seminare und Fortbildungen für Lehrer und Betreuer angeboten.

Der Wettbewerb richtet sich insbesondere an eine Altersgruppe, welche den Kindergruppen bereits entwachsen ist, aber durch Umweltbildungsprojekte und Aktionen für Jugendliche noch nicht angesprochen wird. Diese sind nun als Entdecker zum Mitmachen aufgefordert!

*Julia Jörgensen*

Seitdem wurde viel in Herten und Umgebung bewegt. Verbraucheraufklärung, Bürgeranträge, Müllsammelungen, Pflanz- und Krötenschutz-Aktionen - die Palette ist vielfältig. „Unser größter Erfolg ist aber der Naturerlebnisgarten“, sagt Sigrun Zobel. Auf einem alten Zeckenparkplatz in Herten entstand vor sechs Jahren der BUND-Naturerlebnisgarten. Jährlich besuchen 6.000 Kinder und Jugendliche aus dem Ruhrgebiet das Projekt und lernen dort auf dem 18.000 qm großen, wilden Gelände die Natur mit allen Sinnen kennen. Das Außengelände mit Tonteich, Lehmbaustelle, Weidenklettergeräten und Biogarten wurde von Kinder- und Jugendgruppen gestaltet. Finanziert wurde das Projekt mit Landesmitteln; auch der BUND-Landesverband unterstützt das beispielhafte Projekt mit einer jährlichen Zuwendung.

Und ein weiteres Projekt ist bereits in Vorbereitung. Unlängst hat die BUND-Ortsgruppe Bau- und Förderanträge für ein 30 m<sup>2</sup> großes Strohballenhaus eingereicht. „Wir sind überzeugt, dass auch dieses Vorhaben erfolgreich sein wird“, war sich Klaus Brunsmeier, BUND-Landesvorsitzender bei der Jubiläumsfeier sicher und überreichte eine kleine Aufmunterung in Form eines 500 Euro-Barschecks. (dj)



Kindern spielerisch die Zusammenhänge der Natur zu verdeutlichen, ist ein Ziel der BUND-Ortsgruppe Herten. Im Naturerlebnisgarten gelingt dies vorbildlich.

**Kontakt und Infos:**

*Sigrun Zobel,  
BUND-  
Ortsgruppe  
Herten, BUND-  
Naturerlebnisgarten  
@web.de,  
www.herten.de/  
homepage\_verein/  
bund*

*BUND-Ortsgruppe Herten feierte Jubiläum im Naturerlebnisgarten*

## **20 Jahre unermüdlicher Einsatz für die Natur**

Naturschutz mitten im „Pott“: Was für Gebietsfremde abwegig klingen mag, ist heute längst Realität. Nicht zulängst auch dank des unermüdlichen Einsatzes der BUND-Ortsgruppe Herten. Jetzt feierte sie ihr 20jähriges Bestehen.

Angefangen hatte alles 1984. „Damals war es nicht schwer, Menschen für Umweltthemen zu begeistern“, erinnert sich Sigrun Zobel, BUND-Aktive der ersten Stunde. Die Stimmung im Lande war kämpferisch, laut protestierten die Menschen gegen Atomkraft und sauren Regen. Die Gründungsmitglieder hatten sich bei einem Volkshochschulkurs kennen gelernt und suchten Anschluss an einen umweltpolitisch aktiven Verband, eben den BUND.

*Naturschutz und Landwirtschaft gemeinsam gegen Flächenfraß*

## **Flächenverbrauch und Eingriffsregelung**

Mit 15 ha/Tag ist der rasante Flächenverbrauch nach wie vor eines der größten Probleme Nordrhein-Westfalens. Allein der Landwirtschaft gehen jährlich etwa 7.000 ha Äcker, Wiesen und Weiden verloren. Im Dezember 2003 hatten sich die NRW-Bauernverbände (WLV und RLV) und die Naturschutzverbände (BUND, LNU, NABU) daher zu einer „Allianz gegen den Flächenfraß“ formiert (vgl. *NW-Info 01/2004*). Erklärtes Ziel ist es, den Flächenverbrauch zu senken. Jetzt geht es an die Umsetzung der gemeinsamen Erklärung.

Auf einer von der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW in Kooperation mit dem BUND am 30. Juni zum Thema organisierten Tagung

**Infomaterial zu den Zukunftsscouts:**

*BUNDjugend NRW, Projektbüro Zukunftsscouts, Postfach 11 21 in 59471 Soest, Tel. 02921/33 6 40, E m a i l : info@bundjugend-nrw.de*

**Das Eckpunkte-Papier zur Eingriffsregelung als Download:**  
[www.bund-nrw.de/naturschutz](http://www.bund-nrw.de/naturschutz)

präsentierten die Naturschutzverbände der Landwirtschaft ein Eckpunktepapier mit ihren Forderungen zur Eingriffsregelung. Einig ist man sich in der Forderung nach einem besseren Flächenmanagement und -recycling und in der Ablehnung flächenintensiver Großvorhaben.

Neben den gemeinsamen Anstrengungen für Vermeidung und Verminderung und einer stärkeren Berücksichtigung von Zerschneidungseffekten muss nach Auffassung der Naturschutzverbände die Rangfolge ‚Ausgleich vor Ersatzgeld‘ erhalten bleiben

- auch um der Landwirtschaft zukünftige „grüne Dienstleistungen“ zu ermöglichen. Zur Verbesserung der Sicherung von Kompensationsmaßnahmen ist eine bessere Vollzugskontrolle

durch die Unteren Landschaftsbehörden (Abnahme) und ein Abgleich mit dem Flächenverzeichnis der Landwirtschaftskammer notwendig. Eine kontinuierliche Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen sollte durch die Biologischen Stationen erfolgen. Die Landesanstalt für Ökologie (LÖBF) wäre geeignet, alle drei Jahre eine Bilanz zur Umsetzung der Eingriffsregelung vorzulegen.

Einig war man sich in der Schaffung von Flächenpool- und Biotopverbundsystemen, die - gemeinsam von Naturschutz und Landwirtschaft entwickelt und in Anlehnung an naturräumliche Einheiten - Ausgleich und Ersatz für Eingriffe sichern könnten. Ein Öko-Konto wird aber seitens des BUND aufgrund der schlechten Erfahrungen aus der Bauleitplanung abgelehnt.

Das von den Naturschutzverbänden vorgelegte Eckpunktepapier zur Eingriffsregelung wurde unterdessen auch an Umweltministerin Bärbel Höhn überreicht und dabei die Hoffnung nach einer zügigen Novelle des Landschaftsgesetzes geäußert.

*Klaus Brunsmeier*



Umweltministerin Bärbel Höhn und Staatssekretär Dr. Thomas Griese (r.) freuen sich über die Vorschläge der Naturschutzverbände. Diese wurden von den Landesvorsitzenden Klaus Brunsmeier (BUND), Mark vom Hofe (LNU) und Josef Tumbrinck (NABU) überreicht.

Foto: Jansen

### +++ kurz & wichtig +++

► **Etappensieg gegen Tagebau Hambach:** Rekordverdächtige fünf Jahre ließ sich das Oberverwaltungsgericht Münster Zeit. Jetzt hat das OVG entschieden: Die vom BUND beantragte Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen vom 10.11.1999 wird zugelassen. Das Gericht hatte damals die bergrechtliche Tagebauzulassung für rechtens erklärt, obwohl das nach BUND-Auffassung erforderliche Planfeststellungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung unterlassen wurde. Damit geht die juristische Auseinandersetzung um den Tagebau Hambach in die nächste Runde. Für den 3. September 2004 wurde eine mündliche Verhandlung terminiert.



Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/braunkohle](http://www.bund-nrw.de/braunkohle)

► **Landesplanungsbehörde stoppt Flächenfraß:** Das Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung hat am 17. Juni 2004 entschieden, die Ausweisung neuer Gewerbe- und Siedlungsflächen im Gebietsentwicklungsplan (GEP) Dortmund/Kreis Unna/Hamm - wie in Weetfeld, Lünen und Fröndenberg geplant - zu untersagen. Auch der geplante Verzicht auf die Neudarstellung von Allgemeinen Siedlungsbereichen im neuen GEP Siegen aufgrund des demographischen Wandels ist in dieser Deutlichkeit bislang einmalig. Der BUND hofft nun, dass eine solche restriktive und den tatsächlichen Verhältnissen angepasste Bedarfsprüfung auch bei anderen GEP-Verfahren zur Anwendung kommt und der Freiflächenschwund damit gemindert wird.

► **Metroexpress auf dem Abstellgleis?** Dilettantisch mutet das aktuelle Gezerre in der Landesregierung um die Machbarkeitsstudie zum Bahnausbauprojekt von Köln bis Dortmund (Rhein-Ruhr-Express) an. Zusätzlich soll jetzt noch eine „Realisierungsstudie“ die



Finanzierbarkeit prüfen. Wo aber bitte ist der Unterschied zwischen Machbarkeit und Realisierbarkeit? Droht das bahnbrechende Projekt jetzt etwa an der Halbherzigkeit der Landesregierung zu scheitern? Anstatt das sinnvolle Projekt totzuprüfen müssen jetzt alle Kräfte gebündelt werden, um es in Berlin durchzusetzen. (dj)

#### IMPRESSUM

Das **NRW-Info** wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.**

♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: [bund.nrw@bund.net](mailto:bund.nrw@bund.net), [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) ♦ **V.i.S.d.P.:** Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), [dirk.jansen@bund.net](mailto:dirk.jansen@bund.net) ♦ **Auflage:** 16.300 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ (rb) Ralf Bilke, (jb) Jochen Behrmann ♦ Das **NRW-Info** erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.09.2004 ♦

© BUND NRW 08/2004 (Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.)